

Einmal wöch. Bezugspreis für April 3,00 Mk. einchl. Bestellsch. Anzeigenpreise: Die Igep. Zeitschrift 30 S., Stellengruppe 20 S., Die Beiratskategorie, 50 Millimeter breit, 1 A. Offertengebühren für Selbstabholer 20 S., bei Ueberlieferung durch die Post außerdem Postzuschlag. Einzel-Nr. 10 S., Sonntags-Nr. 15 S. Beidseitlicher Teils: Kurtz Lang in Dresden.

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz für unedel. u. d. Fernruf überm. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingelieferte u. m. Rückporto nicht verfehene Manuskripte werden nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2-3 Uhr nachmittags Hauptkassier: Dr. Joseph Albert, Dresden

Sächsische Volkszeitung

Verlagsanstalt, Druck und Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, K. L. Schürmann & Co., Postfach 7002, Postfachamt Dresden 14797. Telefon: Dresden 5011, 5012, 5013.

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Postfachamt 1, Poststraße 17, Remise 2011 und 2012.

Der Katholizismus in Bulgarien

Aus Rom wird uns von einem besonderen kirchenpolitischen Mitarbeiter geschrieben:

Vor kurzem hat der seit zwei Jahren in Bulgarien wirkende apostolische Visitator Msgr. Roncalli und zugleich mit ihm der vor kurzem geweihte Bischof des orientalischen Ritus Msgr. Stefan Kurteff, der erste aus dem einheimischen bulgarischen Klerus befreite Bischof, Rom verlassen, um sich in die bulgarische Heimat zu begeben. Die Weihe dieses Bischofs wurde in Rom als ein wichtiges Ereignis in der gegenwärtigen kirchlichen Außenpolitik gewertet, und sie erregte umso interessanter, wenn man die wechselvollen Geschichte der immer ein Streitobjekt zwischen Konstantinopel und Rom bildenden Katholiken Bulgariens betrachtet.

Im neunten Jahrhundert christianisiert, erhielten die Bulgaren ihre kirchliche Unabhängigkeit, im zehnten verloren sie sie aber, als ihr Erzbischof 1018 vom ökonomischen Patriarchen abhängig wurde. Eine neue Union mit Rom brachte sie ihnen wieder und dauerte auch weiter, als das Land dem osmanischen Reich angegliedert wurde. Erst 1767 wurden alle Bischofsstühle von den Griechen mit Türken besetzt, denen der Sultan erst 1870 wieder die kirchliche Autonomie bestätigte. Die Bulgaren erkannten den römischen Primat an und erhielten von Pius XI. das Recht, die altbulgarisch-slawische Liturgie beibehalten zu dürfen. Ihr erster Bischof, Sokolski, aber wurde von den Russen in ein Kloster bei Kiew entführt, dem nur kurz regierenden unierten Nachfolger Koptow folgte Kirus Jorowitsch, der wieder schismatisch wurde. Im 1884 errichtete der Heilige Stuhl zwei apostolische Vikariate in Bulgarien, das eine mit dem Sitz im mazedonischen Kikuttsch, das andere in Adrianopel. In Kikuttsch war der eingeborene bulgarische Lazarist Msgr. Maladenoff der erste Vikar, der aber wieder zur Orthodoxie zurückkehrte und viele Tausende von Gläubigen mit sich zog, später aber nach Rom zurückkehrte. Sein Nachfolger Scianoff zog sich 1921 ins Privatleben zurück. Der Vikar von Adrianopel, Msgr. Petkoff, starb 1920 und seit seinem Abgang besahen die durch die Unfälle ihrer Oberhirten, wie durch die Kriegsergebnisse sehr geschwächten Katholiken Bulgariens bis 1926 keinen Bischof mehr, sondern nur einen Proadministrator. Der dritte derselben war der nun zum Bischof ernannte und eben erwähnte Msgr. Kurteff, Vikar von Weila, mit der nach orientalischer Sitte erfolgten Namensänderung nun Bischof Cyrillus genannt, ein starker Mann, den Papst Pius XI. bei seiner Audienz mit den Worten begrüßte, „er sei ihm so lieb wie ein Sonnenstrahl“. Er ist der siebente Bischof der Katholiken slawischen Ritus und der erste, der seinen Wohnsitz in Bulgarien nimmt. Bischof Kurteff, erst 36 Jahre, stammt von bulgarischen Eltern und kam von der Südgrenze des Landes in die von Missionarissen geleiteten Seminare von Karagatsch und Konstantinopel. Er wurde vor drei Jahren nach seinem Seelsorgerdienst von Proadministrator Kondoff als Mitarbeiter und Sekretär in der Führung der slawischen Katholiken nach Philippopel berufen und übte sein Amt auch unter dem Nachfolger Don Kojzoff aus, das er nach dessen Tode im vorigen Jahre selbst übernahm.

Ihre unmittelbare diplomatische Vorgeschichte hat diese Bischofsnennung darin, daß schon während des Krieges, als die Bulgaren noch einen siegreichen Ausgang desselben für die Mittelmächte erhofften, von dort aus neue Bestrebungen für eine Union ins Werk gesetzt wurden. Es sollte eine Nuntiatur in Sofia errichtet werden. Während des Krieges aber sah der Heilige Stuhl, dem ähnliche Angebote auch von anderen kämpfenden Mächten wie Japan, Serbien und der Türkei, gemacht wurden, aus Neutralitätsgründen von jeder Aufnahme diplomatischer Beziehungen ab und überließ die Angelegenheit der Kardinalkongregation für die orientalischen Kirchen, sodas wirkliche Verhandlungen erst nach dem Kriege einsetzten. Sie gingen über die Wiener Nuntiatur und führten im Jahre 1925 vorläufig zur Entsendung Msgr. Roncalli als apostolischen Visitator nach Bulgarien, wo man von Seiten der Regierung wiederholt den Wunsch ausgesprochen, die vorübergehende Stelle eines Visitators, die ja unpolitischer Natur ist und nur religiös-kirchlichen Charakter trägt, in eine dauernde und politische verwandelt zu sehen. Man sprach auch in Rom bereits im Juli des vergangenen Jahres davon, daß eine apostolische Delegation in Bulgarien geschaffen werden soll und nannte Msgr. Roncalli selbst als deren kommenden Titelträger. Gegenwärtig aber ist darüber noch nichts entschieden.

Infolge des Vertrages von Neuilly sahen sich die Bulgaren von Thrazien und Mazedonien veranlaßt, in ihr kleines Vaterland sich zurückzuziehen, wo die Katholiken

Kriegslasten und Reichsfinanzen

Die Initiative des Zentrums in der Frage der Revision des Dawes-Abkommens — Kritik der Parteien am Steuerhystem — Protest der Länder gegen den Finanzausgleich

Berlin, 1. April.

Der Reichstag will, wie wir berichteten, die Etatberatung unter allen Umständen noch vor Ostern beenden. Er hat deshalb gestern seine Beratungen bereits um 10 Uhr vormittags begonnen. Auf der Tagesordnung stand zunächst der Haushaltsplan der Kriegslasten, dessen unveränderte Annahme der Ausschuss vorschlug. Die Aussprache begann mit einem höchst bedeutsamen Vortrage des Zentrums, dessen Redner sich offen für eine Erleichterung der Kriegslasten im Interesse der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft einsetzte.

Hr. Professor Dr. Dessofer (Ztr.)

erklärte, die Zentrumsoption wolle den Anlaß benutzen, um hinsichtlich des Reparationsproblems und der Reparationsauswirkungen in der deutschen Wirtschaft und der Weltwirtschaft eine Reihe von Überlegungen allen denjenigen, die es angeht, zu unterbreiten. Er erinnerte daran, daß der Dawesplan von vornherein nicht den Ehrgeiz hatte, eine endgültige Lösung der Reparationsfrage zu bringen, sondern daß er sich selbst von Anfang an nur als ein Experiment betrachtete, das die Endregelung nur abgrenze. Das bisherige wohlthätige Wirken des Dawesplanes bestehe darin, daß er die Zeit der Nachpolitik durch das Recht, das Chaos durch die Ordnung ersetzt und das Fundament für eine Klärung und eine Erholung der deutschen Volkswirtschaft gelegt habe.

Aus dem bisherigen glatten Funktionieren des Dawes-Mechanismus könne man indessen für die Zukunft keine Schlussfolgerungen ziehen. Denn erstens hätten die Anfangsjahre der deutschen Wirtschaft eine gewisse Schonzeit gelassen, und zweitens sei in diesem Jahre durch die erste Dawes-Konferenz und durch spätere private Anleihen der deutschen Wirtschaft aus Amerika fast ebensoviel Kapital zugeflossen als sie habe abführen müssen. Das könne naturgemäß kein Dauerzustand sein. Daher sei bis jetzt das eigentliche Problem der Dawes-Befreiung, was Deutschland ohne schwere Erschütterung der eigenen Wirtschaft und ohne erhebliche Störung der Weltwirtschaft leisten kann, überhaupt noch nicht berührt worden.

Die Rede erinnerte an die schweren Gefahren, die sich für die anderen Länder aus den deutschen Reparationsleistungen ergeben. Durch den Dawes-Plan erziehe die Welt aus Deutsche zu einer überflüssigen Produktion, der Plan würde wie eine Fehlfahrt auf unseren Export. — Auch der Generalagent Parker Gilbert, so fuhr Dessofer fort, habe sich bemüht, ein Urteil über Deutschlands künftige Zahlungsfähigkeit abzugeben. Heute habe noch kein Mensch eine Ahnung, wie es künftighin möglich sein werde, statt der jetzigen 500 Millionen zwölfhundert Millionen aufzubringen und doch den Haushalt zu balancieren.

Grundsätzlich sei Deutschland gern bereit, an Vorschlägen für die Endlösung des Problems mitzuarbeiten. Da indessen diese Endlösung für die nächste Zukunft noch nicht zu erhoffen sei, bleibe Deutschland nichts anderes übrig, als seinen Warenexport zu forcieren, und um dies praktisch möglich zu machen, bleibe nichts anderes übrig als eine Weltverhandlung über den Warenverkehr statt des jetzigen planlosen Systems von Schutzschranken. Der Widerstand, daß man von Deutschland Leistungen verlange, und sie gleichzeitig erschwere, könne nicht dauern. Des weiteren sei eine Festsetzung der deutschen Gesamtverpflichtungen, heute 8 1/2 Jahre nach Kriegsende, nicht länger zu umgehen.

des slawischen Ritus gegenwärtig etwa 5000 Seelen zählen. Sie wohnen zerstreut in Bulgarien, namentlich in dessen südlichen Gebieten. Außer diesen aber existieren daselbst noch etwa 5000 getaufte Christen, die aber vorläufig in Erwartung eines Oberhirten und besserer politischer Verhältnisse mit ihrem Bekenntnis zurückhalten, in 18 Orten zerstreut und von dreißig Priestern, meist schon hohen Alters geführt, leben diesen Bulgaren in schlechten materiellen Verhältnissen, teils als geborene Bulgaren, teils als Thrazier oder Mazedonier und verdanken, was ihre Kirche dort besitzt, die Residenz des Bischofs und des Klerus in Sofia, Kapellen und Priesterwohnungen hier und dort, der Fürsorge des Heiligen Stuhles. Die Katholiken in Sofia und Philippopel besitzen Schulen und Wohlfahrtseinrichtungen für die römischen und orthodoxen Katholiken. Eine landmännliche Institution der slawischen Katholiken ist die von einem Turiner Lazaristen 1890 gegründete Vereinigung der Eucharistischen Schwestern vom Heiligen Vincenz von Paul.

Der Herr Generalagent ist der Ansicht, daß die Stunde für diese endgültige Regelung der Kriegslasten und Kriegslasten noch nicht gekommen sei. Aber ich glaube, daß die Hoffnung teilt, die ich im Namen meiner Fraktion ausspreche, daß die Stunde recht bald kommen werde. Die Ungewißheit innerhalb des Kriegslastenproblems ist eine Barriere, über welche die guten Kräfte der Menschheit nur mühselig hinwegsteigen, und darum ist es eine gemeinschaftliche Angelegenheit aller Kulturnationen, diese Ungewißheit durch endgültige Regelung zu beenden.

Dieser wohlbedachten und dem Gegenstand voll erschöpfenden Rede stimmten die Sprecher aller Fraktionen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten zu. Besonderen Ausdruck war es, daß der sozialdemokratische Redner, als der Vertreter der Opposition, erklärte, er habe den Ausführungen Dessofers nichts wesentliches hinzuzufügen.

Der Kriegslastenetat wurde unverändert angenommen. Die zweite Sitzung begann nach einer kurzen Mittagspause um 3 Uhr.

Haushalt des Reichsfinanzministeriums

gab der Opposition Gelegenheit, welche Kritik anzubringen. Der Sozialdemokrat Simon (Sachsen) beklagte sich über die starke Anspannung der Massenbewegung, während der Großgrundbesitz zum großen Teil überhaupt keine Steuern zahlt. Die Steuerrückstände betrügen schon 700 Millionen. Diese müßten unter Schonung der kleinen Leute rücksichtslos beinhalten werden.

Hr. Berke (Dtl.) bezeichnete es als notwendig, bei den Finanzämtern Ausgaben abzubauen. Die Zinsen für Steuer rückstände (schon 10 Prozent) müßten ermäßigt werden. Zur Steuerabgabe wurde keine Realisation niemals die Hand bieten.

Hr. Scheller (Ztr.)

betonte die Wichtigkeit des finanziellen Fundaments für den Staat. Die Grundlagen der Steuererhebung und Zolle müßten möglichst wenig geändert werden. Ruhe und Stetigkeit der Entwicklung liege im Interesse des Reiches wie der Steuerzahler. Größere Vereinfachung und Bereinhaltung der Steuerämter sei zu fordern. Steuer rückstände bis 1923 solle man niederschlagen.

Allerdings sei das Volkseinkommen niemals so hoch gewesen wie das aus der landwirtschaftlichen Einkommensteuer. Das sei zum größeren Teil auf den Niedergang der Rentabilität der Landwirtschaft zurückzuführen gewesen. Von allgemeiner Steuerdrückbeugelei in der Landwirtschaft könne man jedenfalls nicht sprechen. Wo wirklich Steuerfalschungen vorkommen, müsse natürlich scharf durchgegriffen werden.

Solange die Bewertung für 1926 noch nicht abgeschlossen ist, sollte man die Finanzämter nicht mit einer Neubewertung für 1927 belasten.

Hr. Cremer (Dtl.) beklagte sich über mangelndes Verständnis der Steuerbehörden für den Mittelstand. Hr. Dietrich (Dtl.) schloß sich dafür ein, daß keine neuen Steuererhebungen gemacht würden; das sei der beste Weg zur Vereinfachung der Steuerverwaltung.

Reichsfinanzminister Dr. Köhler

erklärte, die Steuer rückstände von über 1 Milliarde müßten unbedingt eingetrieben werden, allerdings unter Schonung der

Das neue Abkommen mit Frankreich

Ein Zusatz zum Handels-Protokoll.

Berlin, 1. April.

Das Zusatzabkommen zu dem vorläufigen Handelsabkommen mit Frankreich ist gestern abend in Paris unterzeichnet worden.

Die deutsche Delegation wird für die Handelsvertragsverhandlungen mit Frankreich unter der Leitung des Ministerialdirektors Dr. Fosse am Sonntag wieder nach Paris reisen, wo die Verhandlungen über den Hauptvertrag am Montag beginnen werden. In politischen Kreisen wird die erste Ablichtung unterstrichen, zu einer endgültigen Regelung der deutsch-französischen Handelsbeziehungen zu gelangen.

In dem Spezialabkommen über die Frage der Einfuhr der französischen Weine wird das Einfuhrkontingent auf 70 000 Hektoliter festgelegt und zwar für die Zeit zwischen dem 11. April und dem 30. Juni des Jahres. Diese französischen Weine werden demselben Zolltarif unterworfen, den die italienischen und spanischen Weine in Deutschland genießen. In dem Abkommen sind weiter andere Spezialfragen die sich auf das Elsaß und die Saar beziehen, geregelt.

Seite 8
1927
emip
abe 17
henes
wertfel-
bet 1745
unde,
r. 1787
Sohn
ahnhof
Koks
5
heater
9
arnahraj
(7)
A
8)
kt
ms
(1/8)
A
01-1900
V. (1/8)
B
ater
8)
enverkauft
Wigmann
ops (1/8)
die
Römer
(2/2)
stärker
(1/8)
enter
nde Tage
sin (1/8)
a. 0.
eater
nde Tage
(1/8)
r
m!
e, gute
ttedern
1.20 Mk.
.50 Mk
gechl.
- Mk.
issene
6.- Mk.
0 Pfund
r Nicht-
te gratis.
men